Bericht und Antrag des Regierungsrats an den Landrat

8. September 2015

Nr. 2015-559 R-362-11 Bericht und Antrag des Regierungsrats an den Landrat zum Gesetz zur Besetzung von Behörden; Stellungnahme für die 2. Lesung

I. Auftrag

In seiner Sitzung vom 26. August 2015 hat der Landrat das Gesetz zur Besetzung von Behörden in erster Lesung beraten. Der Regierungsrat hat sich mit den Anträgen der Justizkommission einverstanden erklärt.

Im Rahmen der Beratungen schlug Landrat Andreas Bilger, Seedorf, vor, dem Geltungsbereich des Gesetzes nicht bloss die römisch-katholische Landeskirche, sondern auch die evangelisch-reformierte Landeskirche zu unterstellen. Infolge dessen beantragte er, Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe d in dem Sinne zu ergänzen, dass bei der Wahl in eine Behörde der Landeskirche der Landeskirchenrat "oder der Kirchenrat" zur Beurteilung des Ablehnungsgesuchs zuständig sei.

Der Landrat beauftragte den Regierungsrat, für die zweite Lesung die konkrete Formulierung des Artikels 9 Absatz 2 Buchstabe d zu klären.

II. Haltung des Regierungsrats

Der Regierungsrat unterstützt die Ausdehnung des Geltungsbereichs des Gesetzes auf die evangelisch-reformierte Landeskirche. Bei der römisch-katholischen Landeskirche Uri heisst das Exekutivorgan "Kleiner Kirchenrat", bei der evangelisch-reformierten Landeskirche Uri hingegen "Kirchenrat". Will man den Geltungsbereich des Gesetzes auf die evangelisch-reformierte Landeskirche ausdehnen, ist es folgerichtig, Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe d wie in der Landratsdebatte vorgeschlagen, zu ergänzen.

Gemäss dem auf Antrag der Justizkommission vom Landrat in erster Lesung beschlossenen Artikel 2 Buchstabe d unterliegen dem Geltungsbereich des Gesetzes die Behörden, die "das Volk der Landeskirchen" zu wählen hat. Damit ist hinreichend klar, dass in Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe d unter dem Begriff "Kirchenrat" das so bezeichnete Exekutivorgan der evangelisch-reformierten Landeskirche Uri gemeint ist und nicht etwa das gleichnamige Exekutivorgan der römisch-katholischen Kirchgemeinden.

III. Antrag

Gestützt darauf beantragt der Regierungsrat dem Landrat, auf Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe d zurückzukommen und anschliessend folgenden Beschluss zu fassen:

Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe d

²Zuständig zur Beurteilung des Ablehnungsgesuchs ist:

- d) *bei der Wahl in eine Behörde der Landeskirche der Kleine Landeskirchenrat beziehungsweise der Kirchenrat.*